

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags, der monatliche Bezugspreis durch andere Boten, Ausgabestellen ohne Belegzettel 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Pfennig Porto beigebilligt. Zahlung der Anzeigen-Nachnahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach National-Zellen berechnet: die Zelle 0.25 Goldmark. Derlei Gebote: Hans Promenade 1a und O. Braunhaube 17. Fernsprecher: Central-Damm 7431. Druck-Verlag: „Halle-Zeitung“ Druck-Verlag, Dannebergweg 10. Druckerei: Carl Schöler, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 22515. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kette.

Drachmeldungen und Kabineteinleiter.

Am Sonnabend ist Oberbürgermeister Leiner der Beschluß des Bürgerordnungs-Komitees zugestimmt worden, wonach er mit sofortiger Wirkung abgetan wird.

Das Rüstungsamt des Reichsfinanzministers Dr. Luther als Oberbürgermeister von Eisen ist in der Stadtordnungs-Konferenz angenommen worden.

Die Zahl der Arbeiterinnen wegen Abmangel im Ruhrgebiet nimmt ständig zu. Sonnabend rührte der Betrieb auf 19 Betrieben. Die Firma Hoesler u. Co., Abteilung Stahl- und Walzwerk, beschäftigt den Betrieb des Blechwalzwerkes zu schließen.

Der Reparationskommission ist der Gehaltsentwurf über die neue deutsche Goldnotenbank zugegangen.

Der Haushaltsauschluß des Reichstages nahm eine Entscheidung (Dnt.) an, eine Erhöhung der Renten der Veteranen von 1864, 1866 und 1870/71 in Erwägung zu ziehen.

Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei haben im Landtag einen Gehaltsentwurf beantragt, durch welchen das beschlagene Vermögen des preussischen Königs Hauses freigegeben werden soll, soweit er durch Urteilsspruch von Gerichten als Privatgut dem künftigen Familien anvertraut worden ist.

Die holländische Regierung hat die Aufhebung des Arbeitsministeriums zum 1. Oktober beschließen und einen entsprechenden Gehaltsentwurf vorgelegt, der vom Haushaltsauschluß angenommen worden ist.

Der Fischschiffverkehr wurde von deutscher Seite die letzten Oberflüsse übergeben, die durch den Friedensvertrag der Fischschifferei zu erkennen wurden. Am ansonsten erhielt die Fischschifferei 2 Schleppdampfer, 74 Frachtschiffe und 8 Lagerflöße.

Nach dem „Quotidian“ hat der General-Kommission für Elbe, Ostpreußen, Mauerlinie, der Regierung sehr bedächtig seinen Rücktritt angeboten. Im Zusammenhang hiermit veröffentlicht das „Journal“ offiziell eine Verordnung, in der der Generaldirektor des Kommissariats Amtsantritt, bis zur Entscheidung des Amtes des General-Kommissars zu verziehen.

Der belgische Großindustrielle Baron Coppe, der angeklagt war, während des Krieges den Deutschen zur Herstellung von Explosivstoffen chemische Produkte geliefert zu haben, ist freigesprochen worden.

In Sibulan kam es, als die Polizei einen Soldaten zur Weile stellte, der eine Frau bedrängte, zu blühenden Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Militär. Seinen Teilnehmern wurden getötet, zehn verwundet.

In Mexiko wurde das Gebäude der politischen Polizei in die Luft gesprengt. Unter den Toten befand sich auch der Generalinspektor der Polizei, Serbedow.

Die Arbeiter des Altentats auf das Remberger Montionsberg sind erschollen worden. Das Ständeramt lehnte die Weiterleitung eines Grubenbesuchs ab.

Ricciotti Garibaldi, der zweifelhafte und sehr überlebende Sohn des Freiheitskämpfers Giuseppe Garibaldi, ist in Rom im Alter von 74 Jahren gestorben.

Die amerikanische Regierung teilt mit, daß sie gegen den Abschlußvertrag einzelner Staaten vorbereite. Sie wird die Schiffe, mit denen der Schmuggel betrieben wird, beschlagnahmen und jeden, der mit dem Schmuggel zu tun hat, gerichtlich verfolgen.

Die griechische Regierung ist in der Minderheit geblieben, nachdem es wegen des Wahlergebnisses eine Zeitung in Saloniki zu lebhaften Stürmen im Parlament gekommen war. Constantin, der Chef der fortschrittlichen linksliberalen Partei, wird als Ministerpräsident genannt.

Berichte deuten an, daß entgegen amtlichen französischen Berichten das Land tatsächlich in den schwersten Wirren befindet. In vier Staaten hat der Aufstand eine höchst ernste Form angenommen.

Londoner „Kompromisse“.

Die Amerikaner und die deutsche Regierung waren beide der Ansicht, daß der Damesplan unüberändert und als Ganzes angenommen werden müsse. Die englische, französische und italienische Regierung stellten sich offiziell auf den gleichen Standpunkt. Man hätte also meinen müssen, daß der Damesplan ein völlig eindeutiger Vorschlag sei, der weiter nichts nötig mache, als daß alle beteiligten Regierungen ein ganz kurzes Protokoll unterzeichnen: Wir, die unterzeichneten Regierungen, nehmen den Damesplan namens der von uns vertretenen Staaten an; im übrigen hätte man sich über die rein geschäftlichen Formalien der Durchführung einigen müssen. So ungefähr sahen wir Deutschen die Lage, und diese kleinen Formalien sahen wir als den Zweck der Londoner Konferenz an.

Auf einmal stellt sich heraus, daß die Dinge ganz anders liegen; daß über Inhalt und Sinn der Sachverständigenarbeiten die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten möglich sind, so daß die Alliierten sich erst unter sich einigen müssen.

Es handelt sich jetzt gar nicht mehr um Annahme der Gutachten, sondern um Annahme oder Ablehnung dessen, was die alliierten Regierungen unter sich aus dem Gutachten zu machen belieben.

Damit ist zunächst eine ganz neue Sachlage ins Leben getreten, als unsere Regierung in seiner Weise an ihre bisherige Annahmeerklärung gebunden ist — genau so wenig gebunden, wie sich Frankreich, England und Italien gebunden fühlen. Weiter ergibt sich daraus, wie verheerend es gewesen wäre, die Gutachten von vornherein grundsätzlich abzulehnen, ohne zu verlangen: nach der Meinung, allein schon durch die Tatsache der jetzigen Konferenz beweisend, daß die Alliierten unter sich gar nicht einig sind, Greifbares, inhaltlich Bestimmtes vorhanden, was wir annehmen oder ablehnen können.

Der Gegenstand, zu dem wir beisehen oder vereinbarte Stellung nehmen sollen, soll jetzt erst in London geschaffen werden. Es ergibt sich, daß nach Fertigstellung des „offiziellen“ Plans in London an unsere Regierung die Aufgabe herantritt, zu unterbreiten, aber nicht etwa einfach den Plan als Diktat hinzunehmen.

Zu einem willenlosen Hinnehmen fehlt jeder Grund, denn wir haben uns zwar auf den Vertrag von Versailles verpflichtet, aber nicht auf den bevorstehenden Londoner Plan, der zum mindesten, heißt über den Versailles Vertrag hinausgeht. Der bevorstehende Londoner Plan ist ein Vorschlag wie irgendein sonstiger politischer oder wirtschaftspolitischer Vorschlag, z. B. ein Handelsvertrag, und es liegt ganz in unserer Hand, ihn anzunehmen oder abzulehnen oder, wie es bei solchen Vorschlägen zu Staatsverträgen üblich ist, unter Bedingungen für den Vertragsabschluß zu stellen, wobei wir natürlich in allen Einzelheiten seine Vorteile und Nachteile prüfen und, genau wie Frankreich es jetzt in London tut, uns alle nur erdenklichen Zugeständnisse erkämpfen müssen.

Ein ernstlicher Zwang zur Annahme des Londoner Planes als Diktat kann praktisch gar nicht ausgeübt werden, denn die geplanten Strafen aller Art sind nur gestiftet, wenn wir guten Willens sind, freiwillig zahlen. Zahlen wir nicht, so kann zwar ein Zwang ausgeübt werden, aber alle Zwangsmittel sind unermesslich Eingriffe, die unsere Wirtschaft gefährden und also die Sicherheit der Alliierten beeinträchtigen.

Andere Zwangsmittel, die unsere Wirtschaft und damit die Alliierten nicht gefährden, gibt es gar nicht — oder sie üben keinen Zwang auf uns aus. Wir haben keine Staatsmacht, keine politische Macht mehr, also ist unsere Wirtschaft wieder betonen, was man Zwang ausüben kann. Deshalb sind auch alle Sanktionen für den Fall künftiger Verletzungen höchst zweifelhafter Natur. Sind die 16 Milliarden Eisenbahn- und Industrieobligationen und die 800 Millionen Anleihe erst einmal von Westpreußen eingezogen, dann müssen die Gelehrten vor jeder Sanktion die größte Sorge haben, weil sie auf dem Zwangswege bestenfalls vorübergehend ihre Finanzen einbringen können, aber durch das Einziehen zugleich die Aussicht auf Rückzahlung ihres Kapitals verlieren. Man kann ein ganzes Land und Volk nicht zwangsverleihen wie ein Stück Acker oder einen Bauernhof mit Vieh.

Die Amerikaner und die Bankiers wissen das ganz gut, und das ist der Grund, weshalb sie nicht wieder betonen, was man Zwang ausüben kann. Deshalb sind auch alle Sanktionen für den Fall künftiger Verletzungen höchst zweifelhafter Natur. Sind die 16 Milliarden Eisenbahn- und Industrieobligationen und die 800 Millionen Anleihe erst einmal von Westpreußen eingezogen, dann müssen die Gelehrten vor jeder Sanktion die größte Sorge haben, weil sie auf dem Zwangswege bestenfalls vorübergehend ihre Finanzen einbringen können, aber durch das Einziehen zugleich die Aussicht auf Rückzahlung ihres Kapitals verlieren. Man kann ein ganzes Land und Volk nicht zwangsverleihen wie ein Stück Acker oder einen Bauernhof mit Vieh.

Die Amerikaner und die Bankiers wissen das ganz gut, und das ist der Grund, weshalb sie nicht wieder betonen, was man Zwang ausüben kann. Deshalb sind auch alle Sanktionen für den Fall künftiger Verletzungen höchst zweifelhafter Natur. Sind die 16 Milliarden Eisenbahn- und Industrieobligationen und die 800 Millionen Anleihe erst einmal von Westpreußen eingezogen, dann müssen die Gelehrten vor jeder Sanktion die größte Sorge haben, weil sie auf dem Zwangswege bestenfalls vorübergehend ihre Finanzen einbringen können, aber durch das Einziehen zugleich die Aussicht auf Rückzahlung ihres Kapitals verlieren. Man kann ein ganzes Land und Volk nicht zwangsverleihen wie ein Stück Acker oder einen Bauernhof mit Vieh.

man auch Zugeständnisse machen. Genau wie der offizielle Reparationsplan, den man uns im Anfang an die jetzigen interalliierten Verhandlungen vorlegen wird, ein Kompromiß zwischen den Alliierten ist, bei dem man sich gegenseitig Zugeständnisse gemacht hat, kann und muß auch der eigentliche Vertrag, der Vertrag mit uns, ein Kompromiß sein, kann und muß Zugeständnisse enthalten, die den uns vorgelegten interalliierten Kompromiß zu unseren Gunsten abändern.

Darum: den Schaden nicht und nichts verzeihen, was uns und unsern Kindern gescheht!

Einzelheiten von der Konferenz.

Gegenüber der je nach der Einstellung ganz verschiedenen Meinungen anderer Zeitungen über Einzelheiten der Londoner Konferenz müssen wir feststellen, daß bisher keinerlei offizielle oder auch nur zuverlässige offizielle Mitteilungen erlangt sind. Alles ist bloße Vermutung und voller Überflugs. So wird nach Angaben des englischen „Observer“:

zur Sanktionsfrage

„Der erste Konferenzausgang hat seine Beratungen beendet und ist imstande, der Konferenz einen einmütigen Bericht zu unterbreiten. Er hat zugleich Vorschlag finanzieller an Stelle politischer Garantien für die Bondsinhaber angenommen und beschlossen, daß im Falle der Erklärung eines deutschen Bezugs der General-agent für Reparationszahlungen und ein Vertreter der Bondsinhaber befragt werden, bevor Sanktionen ergriffen werden, durch welche Entscheidung die britische Regierung dann vollumfänglich befreit ist. Der Ausschluß hat ferner beschlossen, daß zwecks Verwirklichung des Dames-Berichtes keine der Alliierten in seinem Falle besondere Sanktionen zu greifen darf, während wieder die Alliierten für alle anderen Angelegenheiten, die außerhalb des Dames-Planes liegen, seine ihm durch die Artikel 17 und 18 des Anhangs 2 des Teiles 8 des Versailles Vertrages gegebenen Rechte vollumfänglich behält.“

Von anderer Seite wieder wird behauptet, daß den Franzosen volle Handlungsfreiheit zugestanden sei, sofern nur die Sicherheit der Spezialpänder für die Anleihen (also Eisenbahnen, Industrieunternehmen usw.) nicht beeinträchtigt werde. Weiter für Sanktionen das jetzt fester, ist unverständlich. Ueber die Frage der militärischen Räumung ist offenbar noch keine Einigung erzielt, denn Frankreich wiederholt sich aus „Sicherheits“ gründen, und über die „Sicherheitsfrage“ soll nach neuesten Nachrichten in etwa 14 Tagen eine neue Konferenz stattfinden.

Zur Räumungsfrage

hat angehängt die zweite Kommission die endgültigen Bestimmungen über die Modalitäten für die Räumung des Ruhrgebietes fertiggestellt. Es wurde beschlossen, daß der Beginn der Räumung Ende März nach dem Tage beginnen soll, an dem die Reparationskommission die Durchführung des Sachverständigenberichts festgesetzt hat, und drei Monate dauern soll. Gleichzeitig wurde auch die Frage der Sicherheiten angehängt. Es wurde beschlossen, daß 2000 französische und 1000 belgische Eisenbahnen die Kontrolle über die deutschen Bahnen sichern sollen.

Auch diese Meldung ist nicht absolut zuverlässig. Der Inhalt ist völlig unüberzeugend. Die Reparationskommission wird nach den bisherigen Erfahrungen niemals die Durchführung des Sachverständigenberichts feststellen und damit die Räumungsfrist in Lauf setzen. Die 3000 fremden Eisenbahnen sind mit den Vorschlägen der Sachverständigen — und mit dem, was wir fordern müssen, unvereinbar.

Wegen der offensbaren Ungefährtheit aller wesentlichen Fragen sind daher auch die Meldungen mit Vorsicht aufzunehmen, wonach noch in dieser Woche die Deutschen zur Verhandlung ausgezogen werden sollen und die Unterzeichnung des Schlussprotokolls für Ende der Woche zu erwarten sei.

Insgesamt behält sich unsere Auffassung, daß die Franzosen mehr und mehr vor den Amerikanern zurückweichen müssen. Aber mit Recht wird von dem offiziellen Organ der Volspartei, der „Zeit“, sehr ernst vor einem Optimismus gewarnt, wie er in linksgerichteten Blättern zum Ausdruck kommt. Zudem darf nie übersehen werden: auch die Amerikaner sind keineswegs selbstlose Freunde, sondern all ihre Forderungen dienen nur ihrem rein kapitalistischen Interesse, nur möglichst ungehindert viel Zahlungen zu erpressen.

Es bleibt dabei: für uns gilt, uns nicht in Stimmungen zu verlieren, sondern — uns durchzusetzen!

„Das unsichtbare Reich.“

Der Aufstieg des Ku Klux Klans

New York, Mitte Juli.

Der amerikanische Geheimorden des Ku Klux Klans, dessen Mitgliederzahl auf fünf bis sechs Millionen geschätzt wird, befindet sich auf dem besten Wege, die politische Macht in diesem Freiheitslande an sich zu reißen. Darüber ist heute die ganze Bevölkerung von Kansas unabweisend aufgeklärt worden, als auf dem jurezt hier in New York tagenden Nationalkongress der stark mit katholischen Elementen durchsetzten demokratischen Partei der Versuch einer Stellungnahme gegen die Unzulässigkeit des Klans von einer, allerdings sehr knappen, Mehrheit verhindert wurde. Der Klan vermag also die Aufstellung eines ihm nicht genehmen Kandidaten für die Präsidentschaft oder für irgend ein anderes Bundesstaatliches Amt zu verhindern. Was das heißt, darüber wird man sich erst klar werden, wenn man bedenkt, daß sich die Ku Klux-Ritter bei ihrer politischen Tätigkeit nur seinen positiven Grundrissen, sondern lediglich von gefühlsmäßigen Vorurteilen leiten lassen. Die Folgen der Wiedergeburt dieses angelsächsischen Rassenismus dürften in absehbarer Zeit zu einer vollständigen Umprägung der politischen Parteien führen und sich auch in der internationalen Politik fühlbar machen.

Man hat den Ku Klux Klan mit der mittelalterlichen „heiligen Feme“ in Deutschland verglichen. Sehr zu Unrecht. Die deutsche Feme war letzten Endes die Selbsthilfe des Rechtsbewusstseins eines Volkes zu einer Zeit, da Macht vor Recht ging. Der Ku Klux Klan war etwas Ähnliches nur in seinen Anfängen, kurz nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, als von den freigelegten Nordstaaten mit der Staatsgewalt ausgestattete Beutepolitiker auf die Südstaaten losgelassen wurden wie eine hungrige Meute und die Reiter gegen die weichen Pflaizer aufstiegen. Der Schaden, den damals die Radikaler des Ku Klux verbreiteten, war zwar gewalttätige Willkür, aber immerhin doch auch eine Art berechtigter Gegenwehr.

Der neue Ku Klux Klan (von dem griechischen κλος = Kreis, und dem sächsischen clan = Stamm) hat mit seinem Vorbild nur die letzte Vermummung und das phantastische Ritual gemeinsam, steht aber sonst auf einer ganz anderen Grundlage. Er entstand in den Kriegsjahren, noch vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg, zu einer Zeit, da die von England geführte nationalitätliche und hauptsächlich deutsch-feindliche Propaganda bereits in vollem Gange war. Des neuen Klans Begründer war ein gewisser Joseph Simmons, ein methodistischer Wanderprediger, der sich jahrelang als Agent eines weitverbreiteten geistlichen Ordens betätigt hatte, für den er gegen Kommission Mitglieder warb. Dabei dürfte ihm wohl die Erleuchtung gekommen sein, selbst einen neuen Orden zu gründen. Im Oktober 1915 veranlaßte Simmons auf einem Berg bei Atlanta, im Staate Georgia, 34 gleichgesinnte Männer um sich, und dort vollzog sich dann unter einem elektrisch flammenden Kreuz und unter feierlichen Zeremonien die Weihe des neuen Ku Klux Klans.

Die Gründer des neuen Ordens, der den Untertitel „Das unsichtbare Reich“ führt, setzten sich, dem Geist der Zeit Rechnung tragend, ganz neue Ziele. Das Programm fordert „unabhängig den Anschluß aller Fremdborenen, Katholiken, Juden und Negern von öffentlichen Ämtern, und sieht letzten Endes darauf ab, die Vorrückung des protestantischen Angedenkens dadurch zu sichern, daß die bürgerliche Rechte in der Vereinigten Staaten zu einem Vorrecht der eingeborenen Amerikaner angelächlicher Abstammung und protestantischer Glaubens erhoben werden.

Mit Hilfe einer rührigen Propaganda vertrittete sich der Orden sehr bald über das ganze Land. Seine Ober- und Unterbonen — der Zauberer des Reichs, die Klages, Anklagen, Magus, Kolobde, Wiesen und die alle heißen — verbanden erst amerikanisch das Geschick mit der Gesinnungstreue und wurden zeitlich durch Kollisten, Kutenabrita-

